

Das Bildungsmagazin des Landeselternbeirats



Landeselternbeirat
Baden-Württemberg
Eltern MitWirkung

TITELTHEMA:

Vor der Wahl ist ... 1984, und nicht einmal das!

Kommentar

Über allen Lüftern ist Ruh'...

Eltern fragen – Michael Rux antwortet

Der Geist unserer Landesverfassung

Eine Schule im 21. Jahrhundert –
Gibt's die schon?

SBBZ

Wo Handys das einzige „digitale Endgerät“ sind



Inhaltsverzeichnis

Vor der Wahl ist ...

1984, und nicht einmal das!	3
G8: Viel Unruhe in die Kinderzimmer gebracht und nichts von den ursprünglichen Zielen erreicht	7
Kommentar Über allen Lüftern ist Ruh'	8
Schülerverkehr mit Bussen – Was können Eltern tun, was können Eltern und Schüler*innen erwarten?	10
„digitalheroes@klassenzimmer“ gesucht! Mossakowski Stiftung startet Wettbewerb für Digitalisierungsideen an Schulen	12
Eine Schule im 21. Jahrhundert – Gibt's die schon?	13
Eltern fragen – Michael Rux antwortet Der Geist unserer Landesverfassung	15

Online-Vortragsreihe für Eltern

„Ich gehe beruhigter ins Bett, egal bei welchem Thema.“	16
SBBZ – Wo Handys das einzige „digitale Endgerät“ sind	17
3. Online-Inklusionskongress vom 12. bis zum 18. März 2021	18
Inklusion in Zeiten von Corona	19
Medien kindersicher? Aber klar doch!	20
Elternratgeber „Medien – aber sicher“ Neuaufgabe im Rahmen des Programms „Eltern-Medienmentoren“	22
Rezension Zerstörte Kindheit und Jugend – Mein Leben und Überleben in Berlin	23

Liebe Leserinnen und Leser!

Es ist in diesen Monaten nicht ganz einfach, sich stets auf seine demokratische Grundeinstellung zu besinnen. Grundfeste der Wissenschaft scheinen im öffentlichen Diskurs plötzlich interpretierbar zu sein. Unterschiedliche Gruppierungen behaupten von sich, „die Wahrheit“ zu kennen und fordern die ihrer Meinung nach daraus abzuleitenden Handlungen ein. „Querdenken“, manchmal auch ohne jeglichen Sachverstand, scheint bei vielen unserer Mitbürger*innen salonfähig zu werden. „Fake News“ verbreiten sich quasi in Echtzeit, da sie meist verkürzend oder aus einem ganz anderen Zusammenhang heraus Dinge in ein falsches Licht rücken.



Michael Mittelstaedt,
Vorsitzender des
19. Landeselternbeirats

Es ist, zugegebenermaßen, nicht ganz einfach, sich in komplexe Sachverhalte einzulesen und diese zu verstehen. Aber umso mehr müssen wir doch den Menschen vertrauen, die sich seit Jahren wissenschaftlich, d. h. im offenen Austausch mit Wissenschaftlern der gleichen Fachrichtungen arbeitend, mit eben solchen komplexen Dingen auseinandersetzen. Hier gilt: Nur wer wissenschaftlich veröffentlicht, kann auch kritisiert werden, und nur über das Bestehen gegenüber Kritikern wird man in wissenschaftlichem Umfeld relevant.

Politik hat andere Aufgaben. Sie sucht Mehrheiten unter den Wähler*innen. Somit sucht sie zwangsweise einen Mittelweg zwischen dem „eiskalten Händchen“ der Wissenschaft und dem, was die Bevölkerung gerne möchte. Leider werden dabei oft Studien unter dem Gesichtspunkt herausgesucht, dass sie zu dem passen, was die Mehrheit in der Bevölkerung zu wollen scheint. Das beflügelt natürlich diejenigen, die schon immer das Ende der Demokratie nahe wähten und hilft letztlich niemandem. Eine Pandemie lässt sich weder wegargumentieren noch wegdiskutieren. Ignorieren geht, führt aber zu Verlusten, derer wir uns im Vorfeld klar sein müssen. Es geht also um Verantwortung unseren Mitmenschen gegenüber und darum, nicht einzelnen Bevölkerungsgruppen zu opfern, um möglichst schnell wieder bequem leben zu können.

Die Pandemie bietet aber auch Chancen, derer wir uns dringend bewusst werden sollten. Nie zuvor in den letzten 40 Jahren wurden uns die Versäumnisse und Defizite unseres Bildungssystems so unmittelbar vor Augen geführt, wie in den letzten 50 Wochen. Jetzt bereits ertönen Stimmen, die sagen „bloß nicht überstürzt reagieren“. Diese Stimmen hoffen darauf, dass wir nach Beendigung der Beeinträchtigungen unseres alltäglichen Lebens die negativen Erlebnisse in Zusammenhang mit Kinderbetreuung und Schule schnellstmöglich vergessen, um ja keine grundlegenden Veränderungen oder gar Investitionen in einem Umfang zu fordern, den in den letzten Monaten viele Wirtschaftsunternehmen vom Staat in Form von Sonderzuwendungen erhalten haben. Geld ist also da, es soll nur nicht ins Bildungssystem gesteckt werden. Hier gilt es, sich HEUTE Gedanken zu machen und mit der kommenden Landtagswahl die entsprechenden Weichen für unsere Zukunft zu stellen. Die momentanen Verlautbarungen der Parteien sehen jedoch nicht nach tiefgreifenden Maßnahmen oder Investitionen aus.

Viel Freude beim Lesen!

Michael Mittelstaedt

Vor der Wahl ist ...

1984, und nicht einmal das!

Dieser Artikel schlägt einen – zugegebenermaßen größeren – Bogen von 1984 bis heute. Was hat sich wirklich in nahezu 40 Jahren bezüglich „Schule und Computer“ bewegt und in welchen Etappen. Hat sich das Schulsystem nur im eigenen Saft gedreht oder tatsächlich die Veränderungen bezüglich der Digitalisierung und Vernetzung der Außenwelt in Veränderungsprozesse einfließen lassen? Im Anschluss an diesen Rückblick folgt eine Reihe von Fragen an die aktuellen Akteure in der Politik Baden-Württembergs. Corona hat es doch allen gezeigt: Man hat Jahrzehnte verschlafen bzw. ausgesessen – wird sich das ändern oder setzt man erneut darauf, dass nach einer Krise alles bald wieder vergessen sein wird?

„Alarm in den Schulen: Die Computer kommen: Deutschlands Kultusminister und Lehrer stehen vor einem ‚notwendigen Abenteuer‘“. So der Leitartikel des SPIEGELS Nr. 47 im Jahre 1984. Natürlich fehlt es an Rechnern und an Lehrkräften, die damit umgehen können. Dennoch schlägt die Gesellschaft für Informatik damals vor, für alle Schüler*innen der Klassen 5–10 Informatik obligatorisch zu lehren. Das hört sich zunächst sehr progressiv an, man muss allerdings wissen, dass man 1984 bereits den Eindruck hatte, etwas grundlegend verschlafen zu haben. Schließlich gab es Informatik bereits seit 1972 als Schulfach – also immerhin 12 Jahre lang, wobei es zunächst nur Wahlfach in der Oberstufe war. Übrigens – Baden-Württemberg war in dieser Zeit bereits ein gerne zitierter Vorreiter. 85 % der Gymnasien seien mit Rechnern versorgt, wird der damalige Kultusminister Mayer-Vorfelder zitiert.¹ Übrigens hatten damals 28 % der Schüler*innen in BW Informatik in der Oberstufe (im Bundesschnitt nur halb so viele). Während heute Politiker*innen Zukunftsvisionen kundtun („Robotik“, „Programmieren“ und „KI“) als Kurse oder Schulfächer etablieren zu wollen und Weltmarktführer im IT-Bereich so tun als wären bunte Möbel und im Boden verbaute Monitore nebst mit einfachen Befehlen zu steuernden Miniroboter die Ausstattung der Lernräume der Zukunft, müssen sich Menschen mit Gedächtnis doch ziemlich an der Nase herumgeführt vorkommen. Erinnert sich noch jemand daran, dass – just 1984 – Turtles mittels „Homecomputer“ – zugegebenermaßen wenig trendy nicht über WLAN, sondern per Kabel – gesteuert werden konnten und hierzu Programme geschrieben werden mussten?

Aber es fehlte damals an – an was? Natürlich: Geld und Lehrer*innen. Deshalb gründeten Eltern Fördervereine, Väter leiteten Computer-Arbeitsgemeinschaften und Schüler*innen brachten Schüler*innen das Programmieren bei. Bei den Lehrkräften war das Thema „Computer im Unterricht“ damals sehr umstritten. Der Dortmunder Informatik-Professor Volker Clauß nannte im SPIEGEL als Grund für die Ängste der Leh-

rer „dass sich viele Lehrer im Umgang mit Rechnern hilfloser anstellen als die Schüler“². Dieser Satz könnte auch im Jahr 2021 geschrieben worden sein.

Ein zentraler Punkt wird bereits damals genannt, der heute nicht nur immer noch bedeutsam ist, sondern noch erheblich an Bedeutung gewonnen hat: Die Chancengleichheit. „Sie besteht derzeit nicht, weil der Besitz eines Heimcomputers vom Einkommen der Eltern abhängt, weil fast nur Ober- und nicht auch Haupt- und Realschüler den Umgang mit Computern lernen können, weil auch die Gymnasien für die neue Aufgabe unterschiedlich gerüstet sind, weil es weit mehr Jungen als Mädchen zu den Computern zieht.“ Decken sich diese lokal unterschiedlichen Verhältnisse an den Schulen und damit der Bildungschance mit Artikel 3a

(2) („Der Staat fördert gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land.“) unserer nochmals 30 Jahre älteren Landesverfassung und werden die Unterschiede größer oder kleiner?

Ergänzend kommt dann noch das Thema Bildung zur Sprache: „Nur die Schule kann sich um gleiche Chancen bemühen, und auch nur sie kann Jugendlichen eine kritische Einstellung zu den Rechnern vermitteln und die Folgen der allgemeinen Computerisierung, negative wie positive, zur Sprache bringen.“³ Hätte es damals bereits das allgemein zugängliche Internet (das startete erst 1990) und Cloudspeicher (in größerem Umfang seit 2004) gegeben, hätte der Autor sicherlich auch die Gefahren des Datenklau und der tiefen Datenanalyse als Lernziele beschrieben.

Und dann? Was aber ist zwischen 1984 und 1994 im Schulbereich im Bereich des „notwendigen Abenteuers“ namens Computer passiert? Nichts. Zehn Jahre später jedenfalls titelt der SPIEGEL „Revolution des Lernens – Die schöne neue Schule wird Wirklichkeit: Kinder lernen am Computer, programmieren Lernspiele oder kommunizieren über Datenetze mit Gleichaltrigen in Tokio oder New York. Während die Schüler neuen Spaß am Lernen entdecken, schläft die Kultusbürokratie. In der Lehrerbildung kommen Computer kaum vor.“⁴

Damals gehören Computer im Beruf bereits zum selbstverständlichen Arbeitsgerät und gesamtgesellschaftlich ist klar, dass „wir“ so langsam abgehängt werden, wenn nicht bald



¹ DER SPIEGEL 47-1984, S. 107–109

² DER SPIEGEL 47-1984, S. 119

³ DER SPIEGEL 47-1984, S. 122

⁴ DER SPIEGEL 9-1994 S. 96

eine Lernrevolution passiert. Bleiben noch drei Zitate aus selbigem Artikel, die die Parallele zu 1984 aufzeigen: „Die Erzieher haben die Herausforderung noch nicht begriffen“, „Schüler ließen sich nur dann sinnvoll motivieren, wenn eine neue Pädagogik in die Klassenzimmer einziehe“ und „Die Klassenzimmer sind miserabel ausgestattet, häufig springen Eltern ein, weil den Schulen Geld fehlt“.

Auch 1998: Im Südwesten nichts Neues: Steigende Schülerzahlen, kein Geld für zusätzliche Lehrerstellen, 15 Jahre alte Geschichtsbücher in Baden-Württembergs Schulen.⁵ Manche Bundesländer denken tatsächlich über Schulgeld nach und in Baden-Württemberg beginnt erneut ein Ringen um die Lernmittelfreiheit, die Verfassungsrang hat – eigentlich. Dennoch bedarf es richterlicher Klärung und zur Jahrtausendwende – genauer: im Jahre 2001 – wird zugunsten der Lernmittelfreiheit beschieden. In den nach Geld – auch bei den Eltern – jammernden Schulen ändert sich zunächst wenig. Lernmittelfreiheit muss immer wieder und bis heute vor Ort erkämpft werden. Auch da hätten – heute wie damals – klare Worte des Kultusministeriums und ausreichende Finanzmittel des Landes für die Schulträger helfen können.

2001 saß Annette Schavan in BW im Kultusministerium. Die Entdeckung der globalen Wissenswelt mittels Computern beschreibt der SPIEGEL mit „seit der Entdeckung Amerikas und der Erfindung der Buchdruckerkunst hat es einen solchen Angriff auf die Köpfe des Nachwuchses nicht mehr gegeben“.⁶ Gleichzeitig stellt man in NRW fest, dass die Noten der Schüler*innen besser werden, die Leistungen jedoch nicht. So führt der SPIEGEL weiter aus: „Abiturzeugnisse bescheinigen in jedem Land etwas anderes – doch meistens nichts, was für Studium und Beruf von Nutzen wäre. Über Jahre kam es auf Deutsch, Naturwissenschaften und Mathematik in der Oberstufe kaum noch an. Erst nach und nach erkennen die Schulpolitiker der Länder wieder an, dass zumindest die Beherrschung der Muttersprache Pflicht für jeden sein sollte.“ Freundlicherweise wird noch die Bundesbildungsministerin Bulmahn zitiert: „Noch in diesem Jahr [...] werde jede Schule digital ausgerüstet sein.“ Abschließend folgt der Artikel „400.000 Lehrer aufs Altenteil. Bei den Pädagogen steht ein Generationswechsel an“.⁷ „Zu schlecht ist inzwischen der Beruf eines Berufsstands, der den Nachwuchs fit machen soll für das IT-Zeitalter.“

Aha. Wir haben es ja immer gewusst – es sind die Lehrer*innen. Aber bevor wir jetzt auf diese losgehen – wer ist eigentlich für die Lehrer*innen-Ausbildung zuständig und muss hier den Grundstein legen? Der angekündigte Generationswechsel hat stattgefunden. Jetzt sind genau die Lehrer*innen mitten im Beruf, die aus dieser „Generation nach 1984“ stammen. War irgendetwas von dem, was sich da (Stand 2000) 25 Jahre lang getan hat, Inhalt ihrer Ausbildung? Sind die Schulen im Netz oder sonst in irgendeiner zukunftsweisenden Art und Weise ausgestattet? Was ist mit den anderen persönlichkeitsbildenden Fähigkeiten? Was hat welchen Stellenwert und wie sehen die pädagogischen Konzepte dazu aus?

Machen wir einen weiteren Zeitsprung. Harald Lesch sagt im Jahre 2016: „Es kann aber doch nicht sein, dass eine Nation

wie die Bundesrepublik Deutschland, die ihren Wohlstand, ihren Reichtum, ihre gesamte gesellschaftliche Position mit Technologie und Wissenschaft erworben hat, dass ausgerechnet die in weiten Teilen aus einer Bevölkerung besteht, die man nur noch als mathematisches Prekariat bezeichnen kann. [...] Warum haben wir nicht längst angefangen, Mathematik zu einem Teil unserer Kultur zu erklären? Nichts um uns herum geht ohne. [...] Unsere Kultur ist eine Kultur, die aus Wissenschaft Technik macht.“⁸

Gleichzeitig erkennt die Landesregierung in Baden-Württemberg, dass wohl die letzten 30 Jahre nicht viel bzgl. einer notwendigen Transformation des Bildungssystems gelaufen ist. Heraus kommt ein Koalitionsvertrag in dem ganz klar formuliert ist: „Als Industriestandort und Hightech-Land brauchen wir Nachwuchs vor allem in den technischen Berufen. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und im internationalen Wettbewerb bestehen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll auf die digitale berufliche Zukunft vorbereitet werden. Breitbandanschlüsse der Schulen, digitale Unterrichtsmedien und die Arbeit in der Bildungscloud mit Lerninhalten und Programmierumgebungen sollen Standard an unseren Schulen werden.“⁹

Welche „Bildungscloud“ da gemeint sein mag ist fraglich. Im Jahr vier dieser Koalition jedenfalls gibt es diese nicht, zumindest nicht in Baden-Württemberg. Ebenso wenig ist die „neue Lehrer*innen-Generation“ in diesen „neuen“ Lerninhalten – also neu = 40 Jahre alt – ausgebildet worden. Dafür können die Schüler*innen hervorragend mit WhatsApp und Snapchat umgehen, und das ist mehr, als das Kultusministerium uns vor den Sommerferien 2020 bieten konnte. Damals gab es nämlich nur den Messenger. Alles andere (auch Moodle...) gründete – wieder einmal – auf der Arbeit von Idealisten, Freiwilligen, besonders engagierten Menschen. Wir erinnern uns an 1984 und die engagierten Eltern?

Aber schauen wir doch einmal nach vorne.

Wir haben uns bei den bildungspolitischen Sprecher*innen der Parteien umgehört und einige Fragen gestellt. Namentlich sind dies Sandra Boser (Grüne), Karl-Wilhelm Röhm (CDU), Andreas Stoch (SPD) und Dr. Timm Kern (FDP).

Die Fragen im Einzelnen:

1. Corona-Defizite

Mit welchen Maßnahmen, in welchem Umfang und in welchem Zeitraum würden Sie eine systematische Änderung bzw. Ergänzung der Beschulung realistisch betrachtet vornehmen, um die aufgelaufenen Defizite auch für Jahrgänge außerhalb der Abschlussklassen zu kompensieren?

Wie würden Sie dabei mit jenen unzähligen Schülerinnen und Schüler verfahren, die – warum auch immer – eben nicht in der Lage sind, selbstständig (bspw. mittels sofatutoren) am Ball zu bleiben?

Sehen Sie den jetzigen Status quo auch als Chance und vor allem Auftrag, Bildungsinhalte zu aktualisieren oder ganz neu zu gestalten? Woran denken Sie dabei konkret?

⁵ DER SPIEGEL 35-1998 S. 47 „Brot für die Mäuse“

⁶ DER SPIEGEL 14-2001 S. 68ff.

⁷ DER SPIEGEL 14-2001 S. 72

⁸ Harald Lesch in „Unser Schulsystem ist Mist!“, <https://www.youtube.com/watch?v=q0Sm8Kldn0> vom 21.9.2016

⁹ Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg 2016–2021, S. 19

Es ist entsprechend den Aussagen der Ministerin Eisenmann davon auszugehen, dass erneut Lernbrücken stattfinden werden. Eine Reduzierung des Lernstoffes auf das Kerncurriculum wurde bereits festgelegt. Die Grünen möchten für den Defizitausgleich auch für Arbeitsgemeinschaften vorgesehene Stunden nutzen, ohne einen Zeitraum für diese Maßnahme zu nennen. Sie betonen, dass das Angebot umfassend sein soll, d. h. den Schüler*innen möglich sein muss, auch andere Erfahrungen wie bspw. Sport, Kunst oder Werken zu machen. Um Defizite zu erkennen, können ihrer Meinung nach digitale Lernstandsdiagnosen zur Unterstützung hinzugezogen werden.

Die CDU betont, dass der Bildungsplan 2016 kompetenzorientiert ist, aber Kompetenzen auch zwingend entsprechendes Fachwissen voraussetzen. Die Bildungspläne könnten mit konkreteren Zielsetzungen ähnlich wie in Bayern hinterlegt werden. Die CDU sieht das ZSL in der Aufgabe, vermehrt Best-Practice-Beispiele für den Unterricht zu unterbreiten und die Lernplattform lernen@überall zügig quantitativ zu erweitern.

Die FDP empfiehlt ergänzend, private Nachhilfeschulen in die Planung des Defizitausgleiches mit einzubeziehen, die Sommerferien-Arbeitslosigkeit bei Lehrkräften und Referendar*innen abzuschaffen und den Klassenteiler für alle Schularten auf 28 festzulegen. Insgesamt plädiert sie dafür, die Eigenverantwortung der Schulen bzgl. Schwerpunkten, inhaltlicher Gestaltungsmöglichkeiten und Fortbildungsbudget zu stärken.

Auf SPD-Seite zielt man darauf ab, ein stärkeres Augenmerk auf die individuelle Situation der Schülerinnen und Schüler und die pädagogisch-digitale Kompetenz der Lehrkräfte und deren Fortbildungsmöglichkeiten zu legen. Ebenso fordert die SPD die Einstellung von 1000 Lehrkräften.

2. Strukturreform

Letztendlich sind die Kommunen unter Co-Finanzierung des Landes für Räumlichkeiten und Ausstattung der Schulen zuständig.

Welche Vorkehrungen würden Sie treffen, damit die substanzielle Ausstattung und (ggf. aufgrund neuer pädagogischer Konzepte) notwendige Umgestaltungen der Schulen ermöglicht werden und wie wird dabei sichergestellt, dass weder Träger zu stark noch Eltern überhaupt finanziell belastet werden?

Dieser Antwortkomplex zielt nicht auf krisenbedingte Soforthilfeprogramme oder eh unabdingbare Schulsanierungen ab.

Die CDU-Fraktion möchte mit den kommunalen Landesverbänden mit hoher Priorität Rahmenbedingungen für die Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert erarbeiten. Der CDU-Fraktion ist es ein Anliegen, die Schulträger in ihrer Aufgabe des Schulbaus zu unterstützen, um gemeinsam im Sinne klarer Kompetenzverteilung für moderne Lern- und Lebensräume an den Schulen zu sorgen.

Die FDP stellt fest, dass in den vergangenen Jahren hauptsächlich die Gemeinschaftsschulen wegen ihres pädagogischen Konzeptes und des sich daraus ergebenden „zwingenden schulischen Grundes“ gefördert wurden. Hinsichtlich der Sanierungsmaßnahmen erwartet die FDP eine faire Verteilung der Mittel nach Schularten.



4 Sessel, 2 Monitore, 1000 Fragen – Diskussionen zur Schule der Zukunft in Baden-Württemberg. Vor Ort und online.

Foto: LEB

einer weitergehenden Überwachung der Umsetzung von Vorgaben. Es erweckt den Eindruck, dass die im vergangenen Jahr festgestellten signifikanten Unterschiede in der Umsetzung von Regularien wohl innerhalb des Ermessensspielraumes lagen.

3. Klassenteiler

Während des Wechselunterrichts im Frühjahr/Sommer 2020 haben Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler erfahren, dass in kleineren Gruppen weit besser gelernt werden kann, was viel zu Lernmotivation und -erfolg beiträgt.

Welchen Klassenteiler würden Sie als Verantwortlicher anstreben, und mit welchen Konzepten ist dies aus Ihrer Sicht mittelfristig zu erreichen.

Die FDP-Fraktion hält an dem Ziel des Klassenteilers 28 fest. Die CDU-Fraktion bezeichnet einen Klassenteiler von generell 28 für denkbar, er sei jedoch in Abhängigkeit von den fiskalischen Perspektiven und den personellen Ressourcen zu sehen. Gleichzeitig plädiert sie für leistungshomogene Eingangsklassen, damit das Classroom Management besser gelingt. Die SPD konstatiert, dass eine Absenkung des Klassenteilers eines personellen und räumlichen Ausbaus des Schulsystems bedürfen würde, der finanziell, personell und organisatorisch nicht absehbar sei. Auf der wissenschaftlichen Ebene sei die Klassengröße kein alleiniger Erfolgsfaktor. Verbesserte Lernsettings könnten z. B. auch durch multiprofessionelle Teams erreicht werden. Die Grünen streben keine pauschale Senkung des Klassenteilers an. Die Fraktion hebt hingegen auf pädagogische Werkzeuge und gezielte Gruppeneinteilung ab.

FRAGE: Wie realistisch ist es Ihrer Ansicht nach, dass für bessere Bildung entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, und wenn ja, bis wann? Woher nehmen Sie die nötigen Zuweisungen?

Die SPD würde nötige Zuweisungen – sofern sich die Wirtschaft nach Corona wieder erholt – aus den jährlich zu erwartenden Haushaltsüberschuss (2 Mrd. EURO) nehmen. Die CDU äußert sich ähnlich vage, bezeichnet Bildungsinvestitionen allerdings ebenfalls als Zukunftsinvestition.

FRAGE: Wie wollen Sie den Lehrerberuf attraktiver gestalten, um den Mangel zu beseitigen? Denken Sie dabei auch an adäquate Arbeitsplätze in der Schule?

In dieser Frage hebt die FDP auf die zeitweilige Arbeitslosigkeit von Vertretungslehrkräften und Referendaren über die Sommerferien ab, sowie den Beförderungsstau bei Fachlehrkräften und Technischen Lehrkräften. Diese Missstände möchte sie gerne abbauen. Ebenso steht die FDP für einen adäquaten Arbeitsplatz an der Schule. Nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungsmaßnahmen. Ganz klar bekennt sich die FDP zur pädagogischen Freiheit und Verantwortung der Lehrkräfte. Die SPD möchte die Unterstützungssysteme in den Schulen mit multiprofessionellen Teams und Schulsozialarbeit ausbauen. Ebenso plädiert sie für eine Arbeitszeitverordnung, die die Realität wahrnimmt. Die Schule selbst müsste mit der Umsetzung einer solchen Arbeitszeitverordnung stärker als bisher als Arbeitsplatz begriffen werden. Dazu zähle die Einrichtung von festen Arbeitsplätzen für Lehrkräfte an den Schulen und von Ruheräumen, die insbesondere im Ganztagsbetrieb notwendig sind. Die Grünen möchten ein freiwilliges pädagogisches Bildungsjahr einführen, auch um junge Menschen auf dem Weg in den Lehrberuf zu unterstützen. Ebenso wie die SPD streben die Grünen eine Entlastung der Lehrenden durch einen Ausbau der Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams an.

4. Digitalisierung

Würden Sie, und falls ja, in welchem Umfang digitales Lernen generell in die Beschulung integrieren?

Die CDU spricht davon, dass „digitale Medien verstärkt, aber lernwirksam in den Unterricht eingehen sollen“. Die FDP möchte in den Schüler*innen die Begeisterung für die Chancen und Möglichkeiten einer digitalen Zukunft wecken. Sie tritt dafür ein, dass das Fach Informatik an allen weiterführenden Schulen mindestens als Wahlpflichtfach angeboten wird. Die Grünen möchten die Leitperspektive Medienbildung im Bildungsplan weiterentwickeln und MedienCurricula aufbauen, die auf die verschiedenen Schularten und Klassenstufen abgestimmt sind.

FRAGE: Wie stellen Sie sicher, dass Lehrkräfte analogen und digitalen Unterricht unter einheitlichen Mindeststandards pädagogisch sinnvoll einsetzen und verbinden?

Die Grünen fordern ein Liste von bedenkenlos zu nutzenden Tools seitens des KM, sowie Module zur digitalen Didaktik als festen Bestandteil der Lehrer*innen-Ausbildung. Die SPD setzt auf den Modellversuch „Lernendes Kollegium 4.0“

Fazit

Die während der Corona-Pandemie deutlich hervorgetretenen Defizite und Missstände haben – Stand heute – wohl nicht dazu geführt, dass nun endlich nach vier Jahrzehnten des recht geringen Fortschritts Themen grundsätzlich angepackt und auf höchste Priorität gesetzt werden.

Teilweise ist der Fortschritt bzgl. digitaler Bildungsinhalte in den letzten 40 Jahren kaum und an manchen Orten gar nicht erkennbar. Das ist ein Trauerspiel. Dies hat sicherlich auch mit der Haltung von Lehrer*innen zu diesem Thema zu tun. So alt, dass sie ohne Computer in der Ausbildung groß geworden sind, können sie inzwischen allerdings eigentlich gar nicht sein.

Die Bildung unseres Nachwuchses scheint generell immer noch ein notwendiges Übel und nicht wichtigster Zukunftsfaktor für unsere Gesellschaft zu sein. Solange Wirtschaftsunternehmen, die auch gerne einmal von heute auf morgen – trotz erheblicher Subventionen – das Land verlassen oder Pleite gehen, vor unserem Nachwuchs in der Zuwendungshierarchie stehen, hat die Politik wohl das Problem noch nicht erfasst. Ausschließlich unser Nachwuchs ist das Kapital unserer Gesellschaft. Der Rest ist ruckzuck verlagert und verkauft. Hier muss wohl dringend noch in der Wahrnehmung nachgesteuert werden. Darüber wird zwar immer häufiger diskutiert, aber der Druck auf die Entscheider ist offensichtlich immer noch nicht stark und andauernd genug, um nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Michael Mittelstaedt
LEB



<https://www.youtube.com/channel/UC1VtZUZKT-1m4TTgYqQKWUzQ>



Der LEB will's wirklich wissen: Fragen aus dem Chat werden gestellt.
Foto: LEB

Sagen Sie uns Ihre Meinung unter sib@leb-bw.de

Geben Sie diese Zeitschrift auch an andere Eltern(vertreter*innen) weiter.

Ein Abo der Zeitschrift „Schule im Blickpunkt“ ist möglich!

<https://neckar-verlag.de/schule/eltern/schule-im-blickpunkt/>

Telefon +49 (0)77 21 / 89 87-0

Der 19. Landeselternbeirat

Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, info@leb-bw.de

Vorstand: Vorsitzender: Michael Mittelstaedt
 Stellv. Vorsitzende: Manuela Afolabi, Petra Rietzler, Eberhard Herzog von Württemberg
 Kassenwart: Dr. Matthias Zimmermann
 Stellv. Kassenwartin: Charlotte Brändle
 Schriftführerin: Anne Mone Sahnwaldt

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
Grundschule	Prof. Dr. Sérgio F. Fortunato fortunato@leb-bw.de	Katrin Ballhaus ballhaus@leb-bw.de	Mersad Rekić rekić@leb-bw.de	Simon Hausmann hausmann@leb-bw.de
Gemeinschafts- schule	Petra Rietzler rietzler@leb-bw.de	Jeanette Tremmel tremmel@leb-bw.de	Miriam Kuhn-Gültekin kuhn-gueltekin@leb-bw.de	Susanne Petermann-Mayer petermann-mayer@leb-bw.de
Werkrealschule/ Hauptschule	<i>nicht besetzt</i>	<i>nicht besetzt</i>	Silke Pantel pantel@leb-bw.de	<i>nicht besetzt</i>
Realschule	Harry Müller mueller@leb-bw.de	Thorsten Papendick papendick@leb-bw.de	Manuela Afolabi afolabi@leb-bw.de	Jürgen Czirr czirr@leb-bw.de
Gymnasium	Michael Mittelstaedt mittelstaedt@leb-bw.de	Dr. Matthias Zimmermann zimmermann@leb-bw.de	Michael Mattig-Gerlach mattig-gerlach@leb-bw.de	Frank Häber haeber@leb-bw.de
Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren	Anne Mone Sahnwaldt sahnwaldt@leb-bw.de	Eberhard Herzog von Württemberg wuerttemberg@leb-bw.de	Nancy Ohlhausen ohlhausen@leb-bw.de	Sabine Luncz luncz@leb-bw.de
Berufsschule	Gabriele Hils hils@leb-bw.de	Sabrina Wetzel wetzel@leb-bw.de	Dunja Recht recht@leb-bw.de	<i>nicht besetzt</i>
Berufliches Gymnasium	Irina Obert obert@leb-bw.de	Jörg Rupp rupp@leb-bw.de	Ulrich Kuppinger kuppinger@leb-bw.de	Norbert Hölle hoelle@leb-bw.de
Schulen in freier Trägerschaft	Charlotte Brändle braendle@leb-bw.de			

Impressum: Herausgeber: Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Telefon (0711) 741094, Vorsitzender: Michael Mittelstaedt – Redaktionsleitung: Irina Obert, Hohackerstraße 25, 77791 Berghaupten. Redaktion: Anne Mone Sahnwaldt, Jeanette Tremmel, Michael Mattig-Gerlach, Dr. Matthias Zimmermann, Dr. Gerald Oberschmidt, Sabrina Wetzel, Susanne Petermann-Mayer. – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,- zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an die Redaktionsleitung: sib@leb-bw.de. Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter www.neckar-verlag.de einsehen.

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch Schule im Blickpunkt viele Hilfestellungen, Einblicke in schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie Schule im Blickpunkt für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.



Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrgangs erscheint zum Schuljahresanfang.
- Jede Ausgabe DIN A4 mit ca. 24 Seiten

Best.-Nr. 07
Jahresabonnement € 12,- (Preis inkl. Porto € 16,38)
Einzelpreis € 2,50 (zzgl. Porto)

**Gut und aktuell
informiert durch's
Schuljahr für
nur € 16,38 im Jahr!**

BESTELLCOUPON

Hiermit bestelle ich auf Rechnung:

___ Schule im Blickpunkt **Jahresabonnement** € 12,- (Preis inkl. Porto € 16,38)

___ Schule im Blickpunkt **Probeexemplar** kostenlos

Meine Anschrift Kd.-Nr. _____

Vor- und Nachname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift _____

SIB

Ich möchte regelmäßig den Newsletter über aktuelle Themen und Neuerscheinungen erhalten.

Bestellcoupon ausfüllen und einsenden an:

Neckar-Verlag GmbH • 78045 Villingen-Schwenningen
bestellungen@neckar-verlag.de • www.neckar-verlag.de
Fax +49 (0)77 21 / 89 87-50

Widerrufsrecht bei Bestellungen: 14 Tage.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).
Datenschutz: Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren. Ihre Adresse sowie die E-Mail-Adresse geben wir an einen Versanddienstleister weiter. Sie können der Verwendung Ihrer Daten jederzeit widersprechen, es fallen keine Kosten an. Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter www.neckar-verlag.de/datenschutz